

„Innovationen können Klimaschutz verbilligen“

Forscher sehen im UN-Bericht eine Bestätigung für die deutsche Politik

km. BERLIN, 4. Mai. Die ehrgeizige Politik von Bundeskanzlerin Angela Merkel zur Eindämmung von Treibhausgas-Emissionen werde durch den Klimabericht der Vereinten Nationen bekräftigt. Das sagt Ottmar Edenhofer vom Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK), der an der Endfassung des Berichts in Bangkok mitgewirkt hat. „Der Bericht hat zwei Botschaften“, sagte Edenhofer dieser Zeitung. „Erstens ist Klimaschutz notwendig und finanzierbar, und zweitens müssen die politischen Signale an die Energiemärkte schnell gestellt werden, damit rechtzeitig Investitionen in klimafreundlichere Techniken getätigt werden.“

Nach dem UN-Bericht müssen bis 2030 auf der Welt 14 Billionen Euro in neue Kraftwerke investiert werden (davon die Hälfte in Entwicklungsländern), um den wachsenden Energiebedarf zu decken. Eine klimafreundliche Modifikation würde höchstens Zusatzkosten in Höhe von 10 Prozent dieser Summe erzeugen. Kernenergie zählt dabei zu den möglichen Optionen. Edenhofer widersprach allerdings dem Eindruck, die Autoren des Klimaberichts würden die Kernenergie nicht nur gegenüber der schmutzigen Kohle bevorzugen, sondern auch gegenüber erneuerbaren Energien. „Es gibt bei der Kernenergie auch aus ökonomischen Gründen eine leicht kritische Haltung im Bericht, die auch von China und Amerika akzeptiert wurde“, sagte Edenhofer, der als Klimaforscher die Kernenergie ablehnt.

Während der UN-Bericht bis 2050 eine Senkung der Kohlendioxidemissionen um 30 bis 50 Prozent gegenüber dem Niveau 2000 für notwendig erachtet, will Deutschland diese bis 2020 um 40 Prozent reduzie-

ren – allerdings gegenüber dem Niveau von 1990. Voraussetzung dafür ist, dass die EU eine Kürzung um 30 Prozent macht. Dies wiederum hängt davon ab, ob Amerika, China und Indien sich ebenfalls zu Reduktionen bereit erklären.

Umweltminister Sigmar Gabriel (SPD) hat vor kurzem einen Achtpunkteplan zum Klimaschutz vorgelegt. Bis 2010 will er neun Milliarden Euro einsetzen, um das Energiesparen zu fördern und erneuerbare Energie schneller auszubauen.



Foto: picture-alliance

„Klimaschutz ist notwendig und finanzierbar“, sagt **Ottmar EDENHOFER**, Chefökonom am Potsdamer Institut für Klimafolgenforschung.

Ähnlich wie Gabriel sieht auch der UN-Bericht ein großes Potential bei Ökostrom – bis zu 35 Prozent bis zum Jahre 2030. Gabriel peilt 27 Prozent bis 2020 an.

Der Umweltökonom Ulf Moslener vom Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZWE) in Mannheim sieht im Bericht daher viel Rückenwind für die deutsche Politik. „Der Bericht zeigt, dass eine substantielle Reduktion der Treibhausgas-Emissionen zu vertretbaren Kosten möglich ist.“ Die Studie verdeutliche indes auch, so Moslener, dass die Höhe der Kosten maßgeblich von der Effizienz der jeweiligen Methoden im Klimaschutz abhängt. Der Bericht beziffert die Kosten

für eine Stabilisierung und nachfolgende Senkung der Emissionen nicht. Er riert lediglich Schätzungen von Ökonomen, die je nach dem Reduktionsstark abweichen. Sie reichen von 0,5 bis 5,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, wobei der Mittelwert bei 1,3 Prozent liegt. Die Wachstumsrate würde dabei um ein Prozent vermindert werden. Der Bericht bestätigt somit die Zahlen des britischen Stern-Reports vom Herbst 2006. Edenhofer gibt es jetzt noch eine zusätzliche, gute Botschaft in der neuen Studie: „Eine Klimapolitik, die Innovationen fördert, kann die Kosten auf mittlere Niveaus senken.“

Nach Ansicht von Moslener zeigt der Bericht ein großes Potential des gleichweisesparsamen Klimaschutzes, besonders beim Energiesparen in Gebäuden, also bei Heizung, Kühlung und Wärmedämmung. „Im Gebäudesektor sind sogar Effizienzgewinne denkbar, die voll wirtschaftliche Gewinne ergäben“, so der Ökonom.

Je nach dem politisch gewünschten Ehrgeiz im Klimaschutz würden sich gemäß dem UN-Bericht Preise zwischen 20 und 56 Euro je vermiedener Tonne Kohlendioxidemission ergeben. Diese liegen weit über dem, was bisher im Emissionshandel für CO₂-Zertifikate gezahlt wird. Die Preise decken sich aber mit Schätzungen deutscher Umweltökonomien. Moslener will sich dennoch nicht an Schätzungen beteiligen, wie teuer der Klimaschutz womöglich für den einzelnen deutschen Haushalt wird. Einige Forscher kamen auf einen jährlichen Betrag von 60 Euro, das Umweltbundesamt schätzt ihn bis 2020 auf 300 Euro.

Die klimapolitischen Instrumente. Seite 12.